



Geschäftsstelle der Gemeinsamen
Bund-Länder-Kommission zur
Bekämpfung von Antisemitismus
und zum Schutz jüdischen Lebens

Erklärung der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens zum Entschließungsantrag „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“

04.11.2024

Die Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens begrüßt den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP als einen wichtigen Beitrag zur Fortführung des Kampfes gegen Antisemitismus und für die Stärkung des jüdischen Lebens in Deutschland. Seit dem 7. Oktober 2023 finden Jüdinnen und Juden hierzulande nicht mehr in die Normalität zurück. Ihr Alltag ist seit mehr als einem Jahr in hohem Maße geprägt von begründeter Angst vor antisemitischem Terror, Gewalt in der Öffentlichkeit, verbalen Ausfällen und einer allgemeinen Stimmung der Ablehnung und der Unsicherheit. In dieser Situation müssen sich Politik und Gesellschaft schützend vor die jüdische Gemeinschaft stellen. Stattdessen erleben wir nach einer äußerst kurzen Phase der generellen Solidarität mit Israel und Jüdinnen und Juden in Deutschland eine polarisierte, häufig vergiftete Debatte über den Umgang mit grassierendem Judenhass.

Der vorliegende Entschließungsantrag schafft hier nun mehr Klarheit: Die Perspektive der Betroffenen nimmt zentralen Raum ein, die unterschiedlichen Formen von Judenfeindlichkeit, gerade auch die momentan besonders virulente israelbezogene Variante, sowie die verschiedenen Tätermilieus werden eindeutig benannt und die IHRA-Definition von Antisemitismus als maßgeblich für Bundes- und Landesregierungen bestätigt. Dies ist eine sinnvolle Grundlage für dringend notwendige Maßnahmen, mit denen Antisemitismus in allen Bereichen effektiv bekämpft und zurückgedrängt werden kann.